

Erklärung der SPD-Fraktion zum HH 2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
meine Damen und Herren,

„Städten und Gemeinden geht es schlecht, die Kommunen sind pleite, Bürgermeister demonstrieren für bessere Finanzausstattung, freiwillige Leistungen müssen gekürzt, sogar Schulen und Kindergärten geschlossen werden. Jeden Tag liest man solche und ähnliche Hiobsbotschaften in der Zeitung.“ Mit diesen Worten habe ich meine HH-Rede 2004 eingeleitet.

Heute, sechs Jahre später, gelten diese Worte noch immer - mehr noch, unter dem Einfluss einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Situation der Kommunen noch einmal drastisch verschlechtert.

Auch in Ansbach spüren wir die Auswirkungen dieser Krise heuer deutlich. Wir müssen noch sorgfältiger abwägen, wofür wir die knappen Mittel ausgeben wollen.

Die SPD-Fraktion hat hier klare Vorstellungen.

Wir wollen vor allem in Bildung und Kultur, Schulen und Kindergärten und in den Klimaschutz investieren. Notwendige und sinnvolle Investitionen in anderen Bereichen, wie z.B. den Straßen- und Radwegebau unterstützen wir natürlich. Dabei legen wir größten Wert darauf, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sparsam gewirtschaftet wird.

Diesen Zielen folgten unsere Änderungsanträge zum HH-Entwurf 2010.

Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass wir für die meisten unserer Anliegen eine deutliche Mehrheit im Stadtrat gewinnen konnten. Als Beispiel nenne ich den seit langem überfälligen Innenausbau der Güllschule, einstimmig angenommen, und den Ausbau der Kammer-spiele, in unseren Augen eine absolut lohnende Investition in die Kultur, für die wir eine Zwei-Drittel-Mehrheit finden konnten.

Mit dem Lückenschluss des Radwegs zwischen Bernhardswinden und Rös wird nicht nur eine erhebliche Gefahrenstelle zwischen der Ortschaft und einem Spielplatz entschärft, sondern wir führen auch in Zeiten

knapper Kassen den Ausbau unseres Radwegenetzes weiter, eine Maßnahme, die dem Klimaschutz dient.

Apropos Klimaschutz.

Dieses Thema wird uns in den nächsten Jahren verstärkt beschäftigen. Aufgrund unserer eindringlichen Appelle wird Klimaschutz in Ansbach fest verankert. Ich erinnere an die derzeit laufende Klimaschutzkonferenz. Hier gibt es bereits zahlreiche absolut sinnvolle Vorschläge, die wir in den nächsten Jahren verwirklichen sollten. Erfreulich ist, dass im Haushalt die erforderlichen Mittel für die von uns geforderte und mit großer Mehrheit beschlossene Stelle eines „Klima-Managers“ enthalten sind. Diese Stelle wird in erster Linie mit Fördermitteln des Bundes finanziert. Für die Stadt und den Klimaschutz bedeutet sie einen erheblichen Gewinn.

Lassen Sie mich nun auf das Thema „Sparwille“ zu sprechen kommen.

Die SPD-Fraktion hat Einsparungen und Einnahmemehrungen in einem Volumen von rund 1 Million Euro vorgeschlagen. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um Vorschläge, die der Klarheit und Wahrheit des Haushaltes dienen. So sind wir der Meinung, dass für die Sanierung des Onolzbachgewölbes keine 600 T€ zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese Mittel werden im Jahr 2010 nicht abfließen können. Die Erfahrungen mit der Zeitverzögerung bei der Sanierung des Dombachgewölbes bestätigten unsere Auffassung. Haushaltsausgabereste mit einem Volumen von durchschnittlich fast 10 Millionen Euro in den letzten Jahre sind ein weiteres eindringliches Warnsignal. Diese Summe entspricht in etwa dem kompletten Investitionshaushalt der Stadt. In Zeiten knapper Kassen werden hier Mittel unnötig gebunden, die wir woanders dringend brauchen könnten. Auch in Zukunft gilt es darauf zu achten, dass nur Mittel für Maßnahmen in den Haushalt eingestellt werden, die eine echte Chance auf Realisierung im betreffenden HH-Jahr haben. Schließlich sind auch die personellen Ressourcen der Bauverwaltung begrenzt. Nach Überprüfung der Situation hat sich die Verwaltung unserer Auffassung angeschlossen und unseren Sparvorschlag akzeptiert.

Die Sanierung des Rezatparkplatz wurde aufgrund unseres Antrags vorläufig gestrichen. Wir halten diese Maßnahme zwar für wünschenswert, sie hat derzeit aber absolut keine Priorität. Der Rezatparkplatz erfüllt seinen Zweck. Die Sanierung der Innenstadt und damit auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen erfolgt von Süden her -

STADTRATSFRAKTION

beginnend mit dem Karlsplatz über die Promenade.

Welche Maßnahme im Anschluss folgt, ist für uns derzeit noch offen. Für eine Belebung der Neustadt zum Beispiel bedarf es auf jeden Fall mehr als einer bloßen Verschönerung des Pflasters.

Übrigens beschränkt sich die Ersparnis beim Rezatparkplatz nicht auf 240 T€ Eigenmittel der Stadt im Jahr 2010. Hinzu kommen noch die Ersparnisse für den zweiten Bauabschnitt. Zudem müssten Zuschüsse vom Steuerzahler und damit auch von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Ansbach aufgebracht werden. Insgesamt führt dies zu einer Ersparnis in Höhe von 900 T€.

Die Erhöhung der Hundesteuer erfolgte auf Vorschlag der Verwaltung und damit der Oberbürgermeisterin. Ursprünglich sollte die Erhöhung doppelt so hoch ausfallen. Erst aufgrund massiver Bedenken aus allen Fraktionen wurde die Erhöhung auf 10 Euro begrenzt.

Die Erhöhung der Grundsteuer A wurde auf unseren Vorschlag von zwei Dritteln des Stadtrats beschlossen. Insgesamt geht es um einen Betrag von 50 T€, der sich auf viele Schultern verteilt. Bisher lag der Ansbacher Hebesatz für diese Steuer bundesweit auf einem einsamen Rekordtief. In umliegenden Gemeinden, aber auch in vergleichbaren Städten beträgt der Hebesatz mindestens 360 Prozent. Für uns ist diese Angleichung ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Es kann nicht angehen, dass die Besitzer landwirtschaftlicher Grundstücke übermäßig bevorzugt werden.

Frau Oberbürgermeisterin, wir wissen, dass sie gegen die Erhöhung der Grundsteuer A stimmten. Wir halten diese Steuererhöhung jedoch für deutlich sozialverträglicher als die von ihnen ursprünglich vorgesehene Erhöhung der Hundesteuer. Wir hoffen sehr, dass sie dies so akzeptieren können und nicht wiederum - wie beim Nachtragshaushalt für das Jahr 2009 – gegen ihren eigenen Haushalt stimmen. Dies sollte ein einmaliger Fauxpas bleiben.

Wir haben unser Ziel erreicht, die Neuaufnahme von Schulden um 700 T€ zu senken. Sämtliche Vorschläge für Ausgabenmehrungen sind solide finanziert. Leider entwickelt sich die Bezirksumlage mit 350 T€ in die falsche Richtung. Aber durch unsere Einsparvorschläge ist auch diese erst bei den Beratungen bekannt gewordene Änderung voll finanziert und die Nettokreditaufnahme übersteigt nicht den Verlust aus dem Jahr 2008. Sämtliche Ausgaben werden also mit eigenen Mitteln finanziert. Lediglich der schmerzhaft, nicht vorhersehbare Einbruch bei der Gewerbesteuer 2008 konnte nicht aufgefangen werden.

STADTRATSFRAKTION

Lassen Sie mich kurz die „Sparvorschläge“ der CSU näher beleuchten:

Mit rund 900 T€ erscheinen sie zunächst in derselben Größenordnung wie unsere Vorschläge. Bei näherer Betrachtung stellen sich nicht nur die meisten Positionen als reine Luftnummern heraus, sondern man erkennt auch eine politische Grundeinstellung, die mit unseren Positionen in keiner Weise vereinbar ist. So wollte die CSU die energetische Sanierung bei der Grundschule Eyb und beim Kindergarten Kunterbunt in Höhe von 262 T€ streichen. Kürzungen also bei Bildung, Schule, Kindergärten und Klimaschutz. Das ist mit uns nicht zu machen. Offensichtlich war die CSU aber auch unzureichend informiert. Denn die Anträge wurden nach kurzen Stellungnahmen der Verwaltung zurückgezogen. Oder waren die Anträge gar nicht ernst gemeint?

Einnahmemehrungen versprochen sich die Zahlenkünstler aus der CSU durch die Veräußerung von Grundstücken, dem Verkauf des Retti-Palais und die Verzinsung von Steuernachforderungen in Höhe von 350 T€.

Bei den Gewerbegrundstücken wurden die Haushaltsansätze in den letzten beiden Jahren ohnehin nicht erfüllt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Oberbürgermeisterin dieses Thema zur Chefsache erklärte. Entscheidende Akzente konnten hier noch nicht gesetzt werden.

Den Verkauf des Retti-Palais an die Bayerische Staatsregierung für Zwecke der Staatlichen Bibliothek unterstützen wir ausdrücklich. Allerdings muss man wissen, dass bisher für Januar nur ein erster Gesprächstermin anvisiert ist. Verhandlungen mit dem Staat dauern erfahrungsgemäß lange. Wir sind sicher, dass im Jahr 2010 noch kein Geld aus einem eventuellen Verkauf fließen wird. Gemeinsam mit den Risiken, die im Bereich Grundstücke ohnehin bestehen, entspricht ein Haushaltseinnahmeansatz in diesem Stadium nicht den Sorgfaltspflichten eines ordentlichen Kaufmanns.

Besonders fragwürdig ist auch die geforderte Erhöhung der Verzinsung von Steuernachforderungen. Die Verzinsung von Steuernachforderungen ist gesetzlich festgelegt. Wie die CSU hier auf höhere Einnahmen kommen wollte, ist mir ein Rätsel. Dem entsprechend lehnte auch der Kämmerer zu Recht einen höheren Ansatz ab.

Kommen wir zum letzten Einsparvorschlag: 250 T€ wollte die CSU beim Deckungsring Personalausgaben einsparen. Auf Nachfragen hieß es nur, die OB solle geplante und genehmigte Einstellungen hinauszögern. Konkrete Maßnahmen konnten nicht genannt werden. Der Stellenplan wurde sowohl im Personalausschuss als auch in den Haushaltsberatungen einstimmig auch von der CSU verabschiedet. Dabei wurde

Vorsitzende: Helga Koch, Am Wendelsbuck 8, 91522 Ansbach,

mail: koch-ansbach@arcor.de Tel. 0981-12334, Fax 0981-15294

STADTRATSFRAKTION

auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die 6 unbesetzten Stellen im Bereich des Betriebsamts möglichst zeitnah zu besetzen sind. Was soll dieser Zick-Zack-Kurs der CSU? Ähnliches haben wir zuletzt auch bei der geplanten Verabschiedung des Einzelhandelskonzepts oder bei den Entscheidungen zum Klimaschutz erlebt.

Haben sie mitgerechnet?

850 T€ verminderte Ausgaben- bzw. erhöhte Einnahmeerwartungen der CSU haben sich in Luft aufgelöst.

Auf der anderen Seite stimmte die CSU während der Haushaltsberatungen Ausgabenmehrungen in Höhe von 567 T€ zu. Die Nettokreditaufnahme hätte sich nach Streichung der Luftnummern der CSU auf 3,5 Millionen Euro erhöht. Damit läge sie um fast eine Million höher, als sie im vorliegenden Haushalt festgesetzt ist.

Dennoch wird die CSU, wie bereits angekündigt, den Haushalt ablehnen – und dies zum dritten Mal in Folge. Leider zeigt sich hier eine gewisse Beständigkeit der CSU an der falschen Stelle. Es ist bedauerlich, dass sich die noch stärkste Fraktion nur noch über Parkplätze definiert. Solide Haushaltspolitik schaut anders aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen sie mich noch einmal auf unser zentrales Anliegen zurückkommen: Investitionen in unsere Schulen. Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die längst überfällige Sanierung der Berufs- und Wirtschaftsschule zeitnah in Angriff genommen. Die Verwaltung hat den klaren Auftrag, die Planungen 2010 so weit voran zu treiben, dass entsprechende Förderanträge gestellt werden können.

Unser Antrag auf Planungsmittel für den dringend benötigten Erweiterungsbau des Theresiengymnasiums fand leider keine Mehrheit. Der konservative Block aus CSU und BAP hat ihn gemeinsam mit der OB abgelehnt. Eine seltene Koalition. Warum die BAP kurzfristig gegen unseren Antrag stimmte, obwohl sie selbst die erforderlichen Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung beantragt hatte, bleibt ihr Geheimnis. Wir hoffen nicht, dass hier politische Ränkespiele eine Rolle spielten. Auf jeden Fall ist dieser Wankelmut bedenklich und vielleicht der Hauptgrund, warum manche Bürger die Ansbacher Stadtpolitik inzwischen für unberechenbar halten.

Bei den anderen Fraktionen können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, dass ihr Stimmverhalten unter Umständen aufgrund mangelhafter Informationen zustande gekommen ist. Es mag möglich sein, dass ein Schulleiter, wie in der Diskussion gefordert, Schülerinnen und Schüler abweisen kann. Politisch gewollt ist dies zumindest von der

STADTRATSFRAKTION

SPD nicht. Was würden Sie sagen, wenn Ihr Kind einen bestimmten Zweig besuchen will und dann darauf verwiesen wird, es könne diesen Zweig nur in Fürth besuchen? Sicherlich ist es auch richtig, dass die Stadt nicht verpflichtet ist, eine Schule zu bauen. Aber was bedeutet der Hinweis, der Unterricht könne auch nachmittags stattfinden? Dies ist im G8 sowieso an einigen Tagen in der Woche der Fall. Noch mehr Nachmittagsunterricht würde bedeuten, dass auch fünfte Klassen nachmittags von 13 Uhr bis 18 Uhr Unterricht hätten. Aus organisatorischen Gründen würde dies wohl vorwiegend Kinder aus Ansbacher Familien treffen. Wer sorgt dann für die Betreuung am Vormittag? Wer sorgt für die nötige Infrastruktur – z.B. Busse und Bahnen – am Nachmittag? Was kostet das? Wer will dies politisch durchsetzen?

Mit Freude haben wir vernommen, dass das ursprünglich viel zu spät für Januar angesetzte Gespräch der Oberbürgermeisterin mit dem Schulleiter durch unseren nachhaltigen Einsatz bereits auf diese Woche vorverlegt worden ist. Wir hoffen, dass die Vorsitzenden sämtlicher Fraktionen und Gruppen zeitnah über die entscheidungserheblichen Tatsachen informiert werden. Und wir hoffen, dass dann schnell eine sachgerechte Entscheidung über die Zukunft des Theresiengymnasiums getroffen wird, die nicht durch sachfremde Erwägungen beeinflusst ist.

Um zukünftig nicht nur auf Notsituationen reagieren zu können, fordern wir einen Schulentwicklungsplan in Zusammenarbeit mit dem Landkreis. Es stellen sich drängende Fragen. Wie entwickeln sich die Schülerzahlen und die Klassengrößen? Welcher Platzbedarf besteht? Decken drei Ansbacher Gymnasien den zukünftigen Bedarf? Benötigen wir ein viertes Gymnasium? Wer soll dieses Gymnasium errichten? Spannende Fragen, denen sich verantwortungsvolle Politiker und Verwaltungen frühzeitig stellen sollten.

In jedem Fall werden die Schulen auch in der mittelfristigen Finanzplanung ein entscheidender Faktor sein. Hier vermissen wir das Setzen von Prioritäten. Wichtige Projekte wie die Berufs- und Wirtschaftsschule oder das THG sind nur unzureichend in dem mittelfristigen Investitionshaushalt enthalten. Hier sollte entsprechend den Haushaltsberatungen dringend in Absprache mit den zuständigen Gremien eine Prioritätenliste erstellt werden.

Trotz unserer vorläufigen Abstimmungsniederlage in der Frage THG werden wir uns nicht aus unserer Verantwortung für den städtischen Haushalt stellen. Wir haben bei diesen Haushaltsberatungen viel erreicht. Ich kann Ihnen versichern, dass die SPD-Fraktion auch in

STADTRATSFRAKTION

Zukunft der starke Motor und ein zuverlässiger Partner für die Entwicklung der Stadt sein wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir zum Schluss meiner Ausführungen eine persönliche Anmerkung. Diese Haushaltsrede war meine letzte Amtshandlung als Vorsitzende der SPD Stadtratsfraktion. Nach fast 14 Jahren an der Spitze der Fraktion gebe ich den Stab weiter an meinen bisherigen Stellvertreter Martin Porzner, der heute leider aus dienstlichen Gründen nicht hier sein kann. Die letzten Jahre mit drei anstrengenden Wahlkämpfen haben mir viel abgefordert, ich gebe jetzt gern einen Teil der Verantwortung ab, tausche Platz mit Herrn Porzner und trete ins zweite Glied zurück. Meine Arbeit als Stadträtin werde ich selbstverständlich mit der gewohnten Energie fortsetzen.

Ich bin schon immer überzeugt, dass Wahlämter und Führungsämter als Ämter auf Zeit auch zeitlich begrenzt ausgeübt werden sollten, dass es wichtig und richtig ist, sie rechtzeitig an Jüngere zu übergeben und selbst neue Wege zu gehen. Diese Überzeugung setze ich nun um.

Der Zeitpunkt erscheint mir richtig.

Ich danke Ihnen allen, in Stadtrat und Verwaltung, für die kollegiale Zusammenarbeit in den letzten Jahren, für Ihre Unterstützung, auch für manchen Konflikt, an dem ich wachsen konnte. Die Arbeit hat mir Freude gemacht, aber jetzt ist Zeit für andere Schwerpunkte.

Nun bleibt mir noch, Ihnen allen für die fairen und zügigen Beratungen zu danken und Ihnen, Herr Schwarzbeck, und Ihren Mitarbeitern, Danke zu sagen für die übersichtliche Aufarbeitung der Datenfülle.

Ich wünsche allen eine schöne Adventszeit, besinnliche Feiertage, etwas Ruhe „zwischen den Jahren“ und ein gesundes, erfolgreiches 2010.

Frau Oberbürgermeisterin, die SPD-Fraktion stimmt dem HH 2010 zu.